



Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Stellungnahme

zur Frage des Holzimports aus Liberia für Vattenfall-Kraftwerke in Berlin

Dr. Werner Neumann, Sprecher des Bundesarbeitskreises Energie, BUND
Andreas Jarfe, Landesgeschäftsführer, BUND Berlin

Berlin/Altstadt, 16. Mai 2011

Zusammenfassung

Die Berliner Energieversorgung ist auf den Holzimport aus Liberia nicht angewiesen. Berliner Klimaschutzziele können und müssen vor allem mit der Umsetzung von Energieeffizienz vor Ort erreicht werden. Priorität hat die energetische Sanierung des Gebäudebestandes, mit Umsetzung des vom BUND Berlin mitentwickelten Stufenmodells sowie die Modernisierung der Fernwärmenetze.

Für Liberia hat die Entwicklung einer nachhaltigen stofflichen und energetischen Nutzung von Reststoffen aus dem Kautschukanbau im eigenen Land Priorität. Da gleichwohl Vattenfall den Import von Liberia-Holz durchführen will und wird, ist die Entwicklung von verlässlichen und prüfbareren Nachhaltigkeitskriterien erforderlich. Diese Kriterien müssen dem Anspruch genügen, generell für internationale Holzimporte anwendbar zu sein.

Seit Sommer 2010 gibt es die Diskussion, wie die Holzimporte aus Liberia zu bewerten sind. Soll man dies begrüßen, weil damit die CO₂-Bilanz in Berlin verbessert wird, soll man sich freuen, wenn arme Menschen in Liberia durch den Holzexport aus ihrem Land Arbeit bekommen? Oder ist dies abzulehnen, weil diese Maßnahme für Liberia neue Probleme verursachen könnte und derartige Importe für Berlin kein langfristig tragfähiger und „nachhaltiger“ Baustein der Energieversorgung sein kann?

Kriterien, um dies beurteilen und entscheiden zu können, hat der BUND in seiner Position „Energetische Nutzung von Biomasse“¹ formuliert.

Kurz gefasst:

- Feste und flüssige Biomasse kann einen wichtigen Beitrag zur Energiewende weg von Atom und Kohle leisten.
- Biomasse steht aber nicht „grenzenlos“ zur Verfügung. Etwa 10 % des heutigen Endenergieverbrauchs können nachhaltig – ohne große Konflikte mit dem Naturschutz und der Nahrungsmittelproduktion – in Deutschland aus Biomasse dargestellt werden. Umso wichtiger ist es, dass Biomasse nur auf effizienteste Art und Weise energetisch genutzt werden darf, also bei Kraftwerken nur in Kraft-Wärme-Kopplung.
- Die Nutzung von Abfall- und Reststoffen, ob aus Landwirtschaft, Forstwirtschaft, der Weiterverarbeitung bis hin zur Nutzung biogener Abfälle (Biotonne, Altholz), muss Priorität haben.

Beim Import von fester und flüssiger Biomasse zur energetischen Nutzung gilt:

- Vorrang hat die Biomassennutzung im (jeweils) eigenen Land
- Auch für die exportierenden Länder gilt: Biomasse zur energetischen Nutzung sollte zunächst zur Entwicklung einer erneuerbaren Energiewirtschaft auf regionaler Basis in diesen Ländern dienen.
- Wenn gleichwohl ein Import von Biomasse zur energetischen Nutzung erfolgt, sind verlässliche, überprüfbare Zertifizierungen erforderlich, die Nachhaltigkeitskriterien des Anbaus von Energiepflanzen, der Natur- und Artenschutz, Arbeitsbedingungen, Schutz indigener Völker und Nichteinsatz von gentechnisch veränderten Pflanzen sicherstellen. Diese Kriterien müssen auch unter Beachtung möglicher Landverdrängungseffekte eingehalten werden.

Wie ist vor diesem Hintergrund der Import von Holz aus Liberia durch Vattenfall zu beurteilen?

¹ Energetische Nutzung von Biomasse, BUND Position Nr. 34, Januar 2007, November 2010, Berlin
http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/publikationen/energie/20101223_energie_position_biomasse.pdf

1. Beitrag des Holzimports zur Berliner Wärmeversorgung

Vattenfall will über einen Zeitraum von 5 Jahren insgesamt 1 Mio. Tonnen Holz aus Liberia importieren und dieses Holz möglicherweise in Berliner Heizkraftwerken einsetzen. Dies entspricht einer Energiemenge von ca. 3.000 Mio. kWh bzw. von 600 Mio. kWh im Jahr. Der gesamte jährliche Endenergiebedarf Berlins beträgt ca. 70.000 Mio. kWh, davon 40.000 Mio. kWh für Wärme, davon ca. 10.000 Mio. kWh aus Fernwärme von Vattenfall. Der Holzimport aus Liberia kann daher derzeit etwa zu 6 % zum Fernwärmeabsatz beitragen und zu ca. 2 % zum gesamten Berliner Wärmebedarf.

Verschiedene Studien zeigen, dass aus regionaler Biomasse (Berlin + Brandenburg) etwa 10-15% des heutigen Endenergieverbrauchs ohne gravierende ökologische Belastungen in Wäldern oder Agrarökosystemen gedeckt werden können.² Es ist hierbei zu beachten, dass Brandenburg zum einen aktuell Holzimportland ist und zum anderen einen großen eigenen Bedarf an Bioenergien hat – nicht zuletzt, weil der Ausstieg aus der klimaschädlichen Braunkohle dringend geboten ist. Insofern besteht die Aufgabe, mit langfristiger Perspektive zu klären, in welchem Umfang Bioenergie aus Brandenburg in Berlin zum Einsatz kommen kann.

Die Senkung des Energieverbrauchs in Berlin durch Maßnahmen an Gebäuden hat großes Potential – hierbei wird nicht nur der Energieträger gewechselt, sondern auch ein Beitrag zur Senkung der Heizkosten geleistet. Der BUND Berlin hat gemeinsam mit dem DMB und der IHK ein Stufenmodell zur Modernisierung des Gebäudebestandes entwickelt. Dies sollte in der neuen Legislaturperiode ab Ende 2011 in die Berliner Energiekonzeption übernommen werden. Dies umzusetzen hat oberste Priorität – insbesondere darf die Diskussion zu den Holzimporten nicht davon ablenken, die wichtigen Schritte zu Energieeinsparung und Klimaschutz vor Ort zu tun.

Bei der Fernwärme bestehen weitere Potentiale zur Optimierung der Fahrweise der Heizkraftwerke, des Zusammenschlusses von Netzen und der verbesserten Wärmedämmung der Leitungen. Dieses Potential dürfte mit mindestens 10 % des Fernwärmeabsatzes deutlich höher sein als die aus Liberia zu importierende Energiemenge.

Fazit 1: Energieeffizienz muss Vorrang erhalten. Die Energiemenge des Liberiaholzes ist bezogen auf den aktuellen Berliner Wärmebedarf sehr gering. Priorität haben Energieeinsparung, Wärmedämmung, verbesserte Heizsysteme und die Senkung von Verlusten im Fernwärmenetz.

2. Die Bedeutung des Holzexports für Liberia

Der Holzexport kann für das bürgerkriegsgeschädigte Liberia eine Chance darstellen; er ist jedoch auch mit großen Risiken für Entwicklung und Naturschutz verbunden. Das „Holz“ aus Liberia sind Bäume von Kautschukplantagen, die auf Grund des Alters keinen Kautschuk mehr abgeben und damit nicht mehr nutzbar sind. Den „Rohstoff“ Holz in Teilen zu verkaufen und damit wirtschaftliche Entwicklung im Land zu stärken, kann ein wichtiger entwicklungspolitischer Schritt für Liberia sein. Gleichwohl droht hiermit auch die Weiterführung von Abhängigkeiten und die Zementierung zentraler, undemokratischer Nutzungsstrukturen. Es ist derzeit kaum einschätzbar, inwiefern gewährleistet werden kann, dass die Bevölkerung vor Ort von diesem Wirtschaftszweig profitieren wird.

Da wir in Deutschland auch direkt oder indirekt Kautschuk für die Reifen unserer Fahrzeuge importieren, wäre gegen einen Import auch der dabei anfallenden Reste auf den ersten Blick grundsätzlich nichts zu sagen. Die industrialisierten Länder importieren viele Stoffe vom Erz bis zum Kaffee aus ärmeren Ländern der Welt. Das wesentliche Kriterium ist, ob diese Importe ohne dauerhafte Schäden an der Natur und unter Wahrung der Rechte der Bevölkerung in den exportierenden Ländern erfolgen – Stichwort fairer Handel. Vattenfall bzw. der Handelspartner „Buchanan Renewables“

² Prof. Dr.- Ing. Jochen Twele, Malte Schmidhals, Hartmut Gaßner, Wärme ohne Kohle – Alternativstudie zur Wärmeversorgung , Berlin 2009, im Auftrag der Klima-Allianz und des BUND Berlin

versprechen, sowohl die Anforderungen nachhaltiger Kriterien bei Rodung und Neuanbau als auch von Mindestkriterien des Arbeitsschutzes, von Mindestlöhnen etc.

Laut einer ESIA-Studie (Earthtime 2010) kann von einer Gesamtfläche von ca. 259.000 ha Kautschukplantagen in Liberia ausgegangen werden. Der überwiegende Teil ist nicht mehr „produktiv“, gibt also kein Kautschuk mehr ab. Insgesamt entspricht dies einem Erntepotential von ca. 48,3 Millionen Tonnen Holzhackschnitzel. Der landesweite Holzkohlenbedarf liegt derzeit bei rund 40.000 t/a mit steigender Tendenz. Ziel wäre daher, die Nutzung des „Restholzes“ sowohl mit dem umweltverträglichen Anbau von Kautschukbäumen als auch mit der erweiterten und effizienten Nutzung der Resthölzer zu verbinden.

Der Holzliefervertrag mit Vattenfall (1 Mio. t verteilt über 5 Jahre) bezieht sich nur auf eine Teilmenge des Restholzpotentials. Gleichwohl kann der Export die Holzpreise in Liberia deutlich beeinflussen. Erste Einschätzungen von NGOs vor Ort, der Holzkohlepreis sei deswegen bereits gestiegen, wurden zwar inzwischen relativiert. Für die Zukunft ist ein derartiger Effekt jedoch zu befürchten. Zudem scheint der Holzhandel nicht zu fairen Bedingungen zu erfolgen, wenn Vattenfall das Holz zu 42 EUR/t importiert (und dieser Preis hiesigen Brennstoffalternativen entspricht), die Bauern in Liberia jedoch nur 1,50 EUR/t erhalten³.

Ob das Projekt von Buchanan Renewables tatsächlich nachhaltigen Kriterien entspricht, muss sich erst noch erweisen. Biomasse ist nicht „per se“ erneuerbare Energie, sondern nur, wenn diese aus einem dauerhaften (nachhaltigen) Anbau von Pflanzen, Bäumen stammt und hierbei die Nutzungskaskade der auf der jeweiligen Verarbeitungsstufe anfallenden Reststoffen durchlaufen wird. „Klimaneutral“ im Sinne des CO₂-Kreislaufs ist Biomasse nicht, wenn einfach Wälder abgeholzt werden, sondern nur wenn die energetische Nutzung der Biomasse mit der Neuschaffung, Neuanpflanzung ihrer Grundlage verbunden ist.⁴ Hierbei stellt sich auch die Frage, ob der mit dem Projekt angeblich geförderte Neuanbau von Kautschukbäumen auf den zuvor gerodeten Plantagen wirklich einer ökologisch wie sozial nachhaltigen Entwicklung dienen kann oder ob andere Anbauformen günstiger wären.

Die Studie des Heidelberger IFEU-Instituts im Auftrag von Senat und Vattenfall hat gezeigt, dass es zahlreiche Ansätze für Nachhaltigkeits-Zertifizierungen gibt. Diese sind jedoch sehr vielfältig, decken manche Aspekte nicht oder nur teilweise ab⁵. Grundproblem bleibt in allen Fällen eine verlässliche Prüfbarkeit. Ein zentraler Kritikpunkt ist auch, dass die Einbeziehung regionaler Vertreter in den Zertifizierungsprozess nicht vorgesehen ist.

Fazit 2: Ob das Projekt, wie behauptet, die Kriterien einer nachhaltigen Nutzung erneuerbarer Energien erfüllt, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschließend bewertet werden. Es orientiert sich an einer kurzfristig sich bietenden Möglichkeit der Nutzung von alten Bäumen. Ob zudem über einen längeren Zeitraum ökologische und soziale Bedingungen gesichert werden können, bleibt derzeit unklar.

³ www.berlinonline.de/berliner-Zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2010/0803/horizonte/0002/index.html (Abruf 6.3.2011)

⁴ BUND Position Biomasse, ebenda Seite 10.

⁵ Pressemitteilung des BUND Berlin zur Vereinbarung zwischen Berliner Senat und Vattenfall zu Nachhaltigkeitskriterien; [http://www.bund-berlin.de/nc/bund_berlinde/presse/pressemitteilungen/detail/artikel/bund-vereinbarung-zu-biomasse-nur-absichtserklaerung/?tx_ttnews\[backPid\]=447&tcHash=d25571b5f4](http://www.bund-berlin.de/nc/bund_berlinde/presse/pressemitteilungen/detail/artikel/bund-vereinbarung-zu-biomasse-nur-absichtserklaerung/?tx_ttnews[backPid]=447&tcHash=d25571b5f4)

3. Was ist zu tun ?

Ein wesentlicher Kern des Konflikts der Beurteilung des Projekts Liberiaholz für Vattenfall auch und gerade in den Umwelt- und den Entwicklungsverbänden entspringt zum einen der Frage, welche Kriterien man anlegt und zum anderen aber auch, welche Alternativen sich böten. Mit Blick auf die angesprochenen Probleme bezüglich Nachhaltigkeit und entwicklungspolitischer Fragestellungen sowie der begrenzten Verfügbarkeit von Biomasse wird klar, dass die zentralen energiepolitischen Herausforderungen in Berlin selbst liegen: Für eine zukunftsfähige Energieversorgung in Städten wie Berlin stehen zwei Kernthemen zur Bearbeitung an, nämlich die Senkung des Wärmebedarfs und eine effiziente Wärmeversorgung mit Kraft-Wärme-Kopplung.

Berlin muss die Diskussion über die Priorität der Senkung des Energieverbrauchs wieder beleben. Die Entscheidung des rot-roten Senats gegen ein Berliner Klimaschutzgesetz hat diese Diskussion vorerst ausgebremst. Umso wichtiger ist es jetzt, das vom Berliner Landesverband entwickelte Stufenmodell zur Energieeinsparung im Gebäudebestand in der Stadt wie auch bundesweit umzusetzen.⁶ Gerade die Lehre, dass nachhaltig energetisch nutzbare Bioenergie eben nicht einfach „erneuerbar“ sondern auch endlich ist, sollte den Blick auf das 90 % Potential der Energieeffizienz lenken.

Die öffentlich zugänglichen Darstellungen und Dokumentationen des Berliner (Vattenfall-) Fernwärmenetzes sind völlig unzureichend. Es fehlen genauere Daten über die Fahrweise der Anlagen, Auslastungen, Verluste in den Anlagen und Leitungen, die Regelungen der Wärmetauscher usw. Es sollte ein umfassender Zukunftsplan Fernwärme Berlin (incl. Wärmekataster) erstellt werden, bei dem auch ein Rückgang des Heizenergiebedarfs der Gebäude einbezogen wird.

Für die Frage der Entwicklung von Nachhaltigkeitsstandards für Import von Energie-Biomasse stehen wir erst am Anfang. Auch ambitionierte Labels wie das FSC sind in die Kritik gekommen.⁷ Zertifizierungssysteme bleiben eine ökologisch-soziale Krücke, wenn sie als Instrument von Konzernen der Industrieländer genutzt werden, um letztlich den Raubbau an Natur und Menschen fortzusetzen. Vielfach hat sich gezeigt, dass eine externe Kontrolle kaum möglich ist, wenn nicht in den Entwicklungsländern eigenständige Strukturen der Selbstverwaltung und auch des Naturschutzes geschaffen werden. Belastbare und vertrauenswürdige Nachhaltigkeitskriterien sind auch Bedingung, dass das positive Image der Fernwärme mit Kraft-Wärme-Kopplung nicht Schaden nimmt.

Die Bewertung des Vattenfall-Projektes sollte daher nicht nur mit der Diskussion und Entwicklung von neuen Nachhaltigkeitskriterien (aus hiesiger Sichtweise) für den Biomasse-Energie-Import verbunden sein. Es ist vielmehr erforderlich, aus dem Blickwinkel der Entwicklungsländer für die dortige Situation Konzepte der ökologisch-sozialen Nachhaltigkeit in der Landnutzung zu entwickeln. Dann wird sich zeigen, in welchem Maße noch Energie für den Export in andere Länder übrig bleiben wird.

Eine Bioenergie-Verschwendung auf Kosten begrenzter weltweiter Bioenergie-Ressourcen in Konkurrenz zu Nahrungsmittelerzeugung und Naturschutz ist nicht akzeptabel. Wir müssen unsere immense Energieverschwendung beenden, bevor wir (oder die Energiekonzerne) diese auf Kosten ärmerer Länder und Menschen fortzusetzen helfen. Dies hat nicht nur eine energiepolitische, sondern auch eine moralische Dimension.

⁶ http://www.bund-berlin.de/bund_berlinde/home/klima_und_energie/energiepolitik_gestalten/klimaschutzgesetz/ (Abruf 6.3.2011)

Der Bundesarbeitskreis Energie des BUND hat Ende November die Forderung beschlossen, das Stufenmodell bundesweit im Rahmen von Energieeinsparverordnung und Mietrechtsreform einzuführen. Ansätze hierzu wurden aus dem Energiekonzept der Bundesregierung im September 2010 kurzerhand gestrichen.

⁷ Report Mainz, 14.2.2011, „Kahlschlag für Ökoholz“, <http://www.swr.de/report/-/id=7637350/property=download/nid=233454/myfcmj/%C3%96koholz.pdf> (Abruf 6.3.2011)

Anlage:

Auszug aus der BUND Position Nr. 34 „Energetische Nutzung von Biomasse“, Berlin, beschlossen Januar 2007, Ausgabe November 2010.

Import von Biomasse zur energetischen Nutzung

Ein Import von Biomasse zur energetischen Nutzung ist nur sinnvoll, wenn er als nachhaltig angesehen werden kann. Vorrangig sollten in Deutschland und Europa die Biomassepotenziale des eigenen Landes genutzt werden.

Hierfür spricht nicht nur eine günstigere Energiebilanz durch kürzere Transportwege, sondern auch die Stärkung der ländlichen Regionen. Biomasse zur Energienutzung sollte daher in erster Linie immer in dem Land oder in der Region genutzt werden, wo sie anfällt. Importe, insbesondere in die Industrieländer mit der höchsten Energieintensität, entziehen Entwicklungsländern die eigenen erneuerbaren Energien. Sie werden dort zum Aufbau einer eigenen nachhaltigen und Klima schonenden Energiewirtschaft benötigt.

Gleichwohl ist von einer Ausweitung des Imports von Biomasse zur Energienutzung auszugehen. Hier geht es etwa um Importe von (Energie-)Holz aus (ost-)europäischen Ländern, von Ethanol aus Brasilien, von Palmöl aus Afrika oder Asien. Oft werden bei solchen Importen ökologische und soziale Kriterien ignoriert.

Vielfach ist der Anbau von Energiepflanzen mit der Abholzung von Regenwäldern und mit großflächigen Kahlschlägen verbunden. Hinzu kommt die Unterdrückung und Vertreibung der Bevölkerung und die Missachtung von Menschenrechten bis hin zur Ausrottung indigener Völker. In der Landwirtschaft werden intensive Anbaumethoden mit hohem Pestizideinsatz angewendet, zunehmend verbunden mit dem Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen.

Für den Handel mit Biomasse zur Energienutzung sind deshalb entsprechende Zertifizierungssysteme (FSC, Round table Palmoil, fairtrade) zu nutzen und auszubauen. Hierbei soll das gesamte Produktsegment zertifiziert werden, um Ausweich- oder Vorzeigeprojekte zu verhindern.

Daher gilt:

Der BUND spricht sich gegen die Nutzung von importierter Biomasse aus, wenn damit nicht ein verlässlicher (unabhängig zertifizierter) Nachweis erfolgt über die Einhaltung von Mindestkriterien der Anbaumethoden, des Natur- und Artenschutzes, des Schutzes der Menschenrechte, dem Schutz der indigenen Völker, der ILO-Konvention (Arbeitsschutz) und dem Verzicht auf den Einsatz von GVO.

Mögliche Förderungen, Einspeisevergütungen oder Steuerminderungen im Mineralölsteuergesetz für importierte Biomasse zur Energienutzung sind an den Nachweis ambitionierter Zertifikate zu binden.